

Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen zu den Bauplänen des Grundstücks am
Schulredder (Abschrift originaler Mail-Vorlagen)

Hans-Herbert Pohl, Tade Peetz (CDU):

„Ob an dieser Stelle ein Geschosswohnungsbau (größer als jetzige Bebauung im Umfeld/Wiesenkamp) notwendig ist, wird auch in unserer Fraktion kritisch gesehen. Der quantitative Schwerpunkt zur Schaffung von Wohnraum (Stichwort: Bezahlbares Wohnen) liegt aus unserer Sicht in dem geplanten Baugebiet am Krischansbarg.“

Alexander Orth, ehemaliger Bürgermeister (SPD):

„Zwar benötigt Heikendorf dringend altersgerechte und nach Möglichkeit bezahlbare Wohnungen. Da sich hierfür aber am Krischansbarg und durch den Schulneubau auch in der unmittelbaren Ortsmitte Alternativen abzeichnen, wird der Standort B-Plan 61 für Geschosswohnungsbau im angedachten Umfang nicht benötigt. Die von Ihnen geltend gemachten Argumente gegen die dichte Bebauung überwiegen nach meinem Dafürhalten die aus städtebaulicher Sicht begrüßenswerte Schaffung von Wohnraum bei Weitem.“

Olaf Bartels, Fraktionsvorsitzender (Bündnis 90/Die Grünen):

„Die angedachte Bebauung fügt sich nicht ins Ortsbild ein. Ferner sehen wir potenzielle Probleme hinsichtlich der verkehrlichen Anbindung. Angesichts weiterer Baugebiete die sich in der Entwicklung befinden, sehen wir keine Notwendigkeit, auf engem Raum sehr viele Wohneinheiten unterzubringen.“

Dr. Bettina Bonde (FDP):

„Die FDP Heikendorf spricht sich gegen eine „Verklotzung“ des Gebietes zwischen Schulredder und Am Herrkamp aus. Die bisher vorgelegten Baupläne lehnen wir ab. Die von Ihnen erstellte Visualisierung verdeutlicht, wohin das führen könnte. Das wollen wir nicht! Wir unterstützen dagegen eine Bebauung, die sich an der bisherigen Bebauung der Umgebung orientiert und sich in das Ortsbild einfügt. Das Gebiet zwischen Schulredder und Am Herrkamp mag schwer zu erschließen sein. Das darf aber keine Rechtfertigung dafür sein, in diesem Gebiet möglichst viele Wohnungen auf engstem Raum zu errichten.“

UWH:

„Heikendorf ist ein begehrter Wohnort. Das hat vor allem in den letzten Jahren Investoren aufmerksam gemacht, die immer wieder versuchen, auf Grundstücken ein Maximum an Wohneinheiten zu planen. Es ist wichtig, diesem Trend der „Verklotzung“ entgegenzuwirken. Hier muss die Gemeinde auch einmal Geld für einen Bebauungsplan in die Hand nehmen und selbst gestalten.“